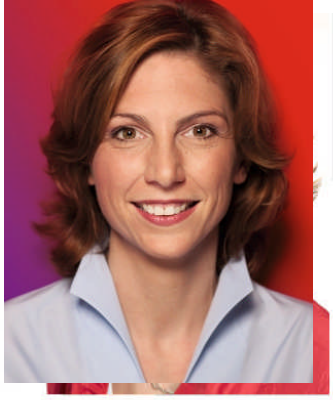
32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

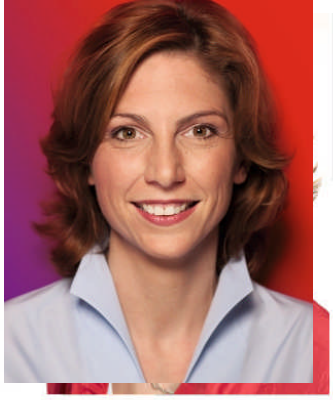
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

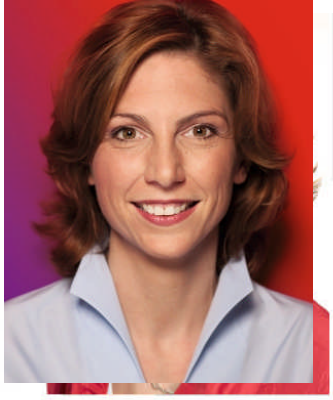
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

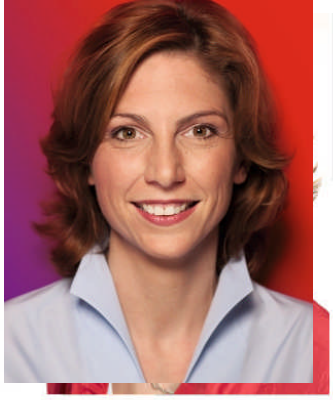
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

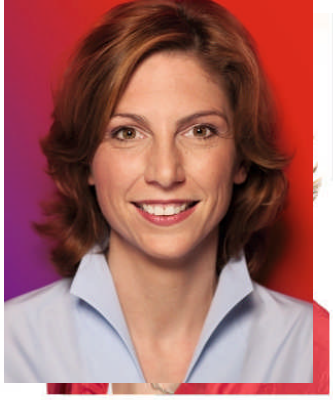
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

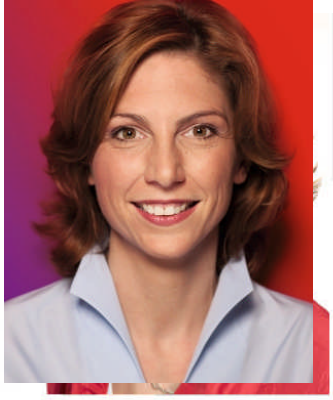
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

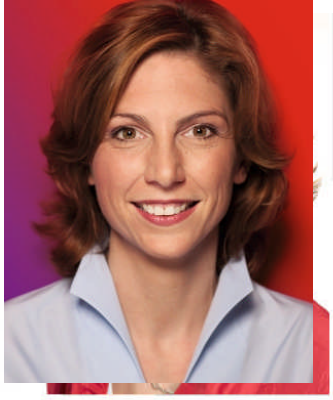
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

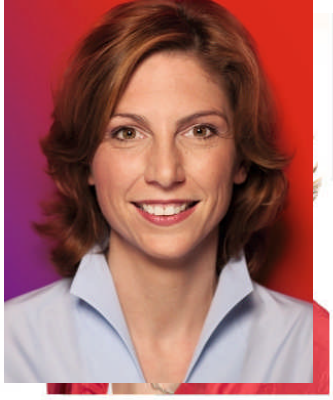
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

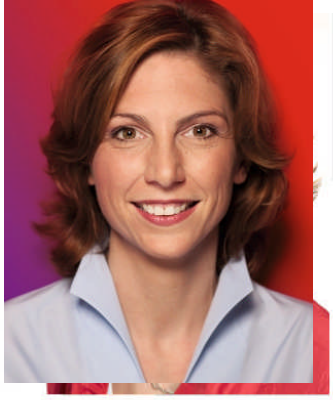
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

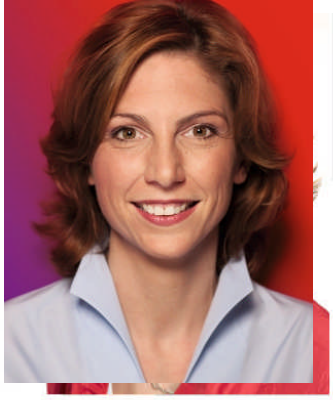
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

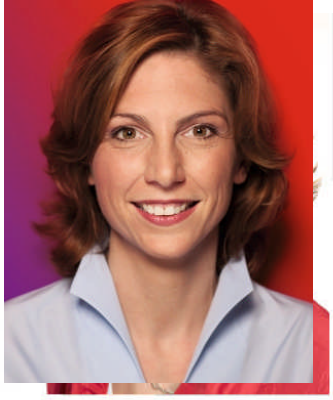
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

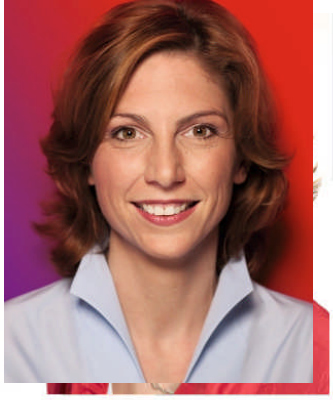
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

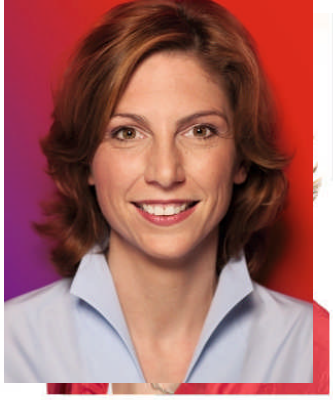
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

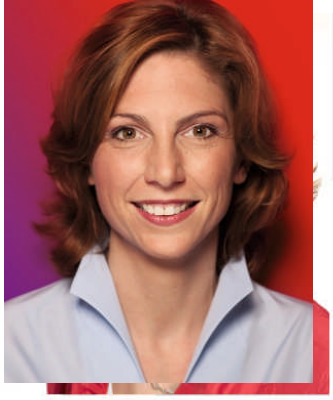
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

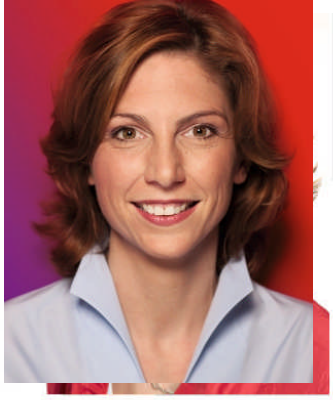
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

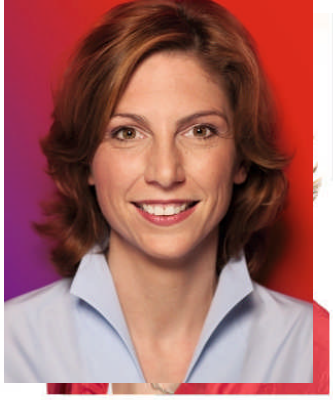
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

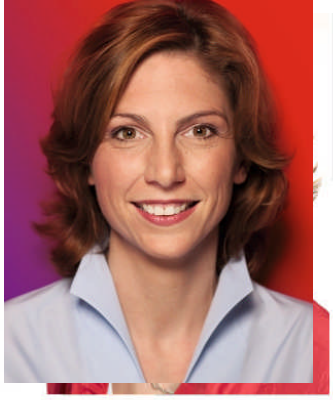
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

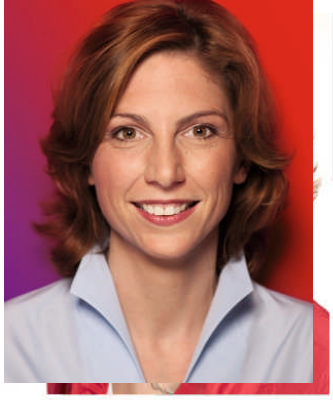
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

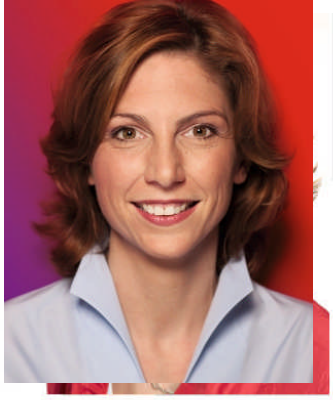
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

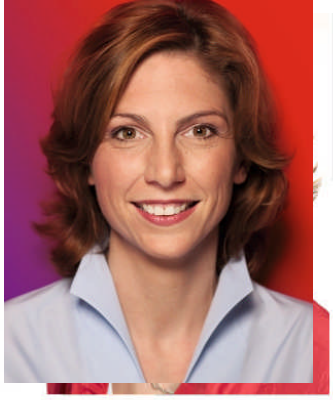
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

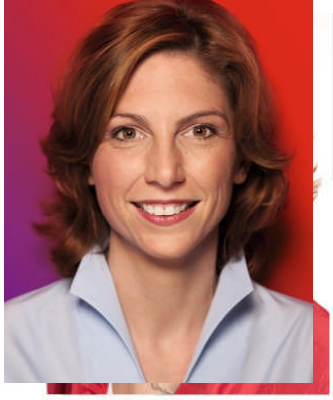
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

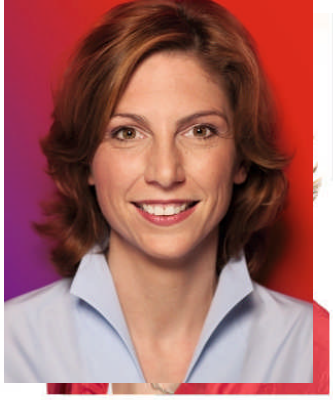
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

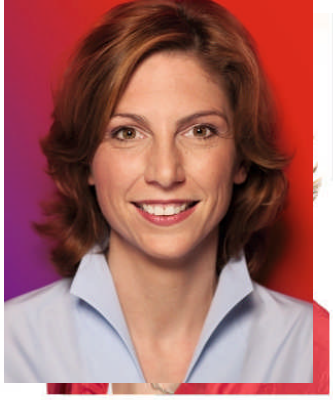
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

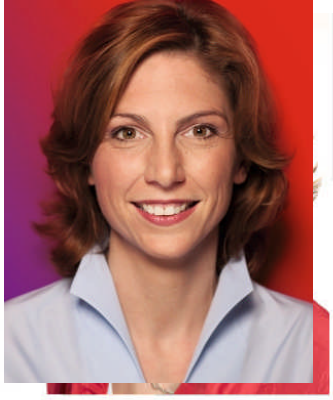
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

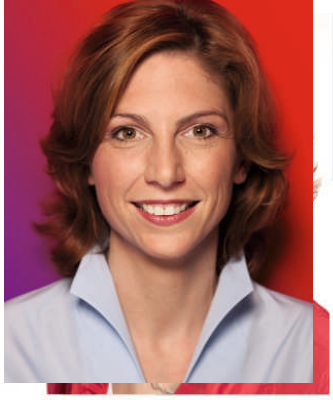
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

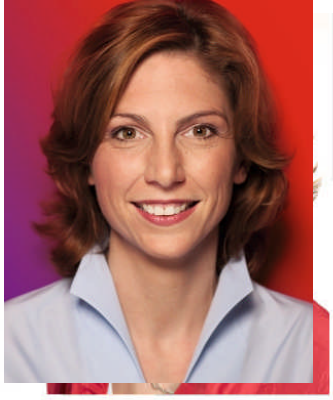
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

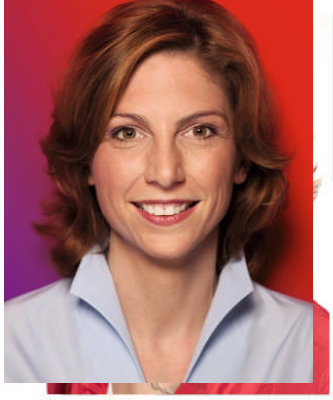
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

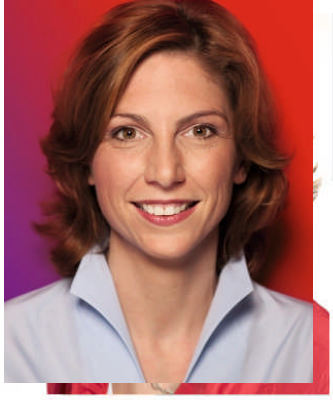
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

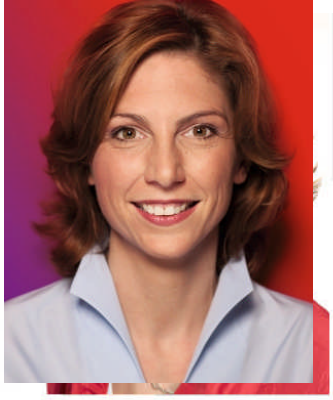
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

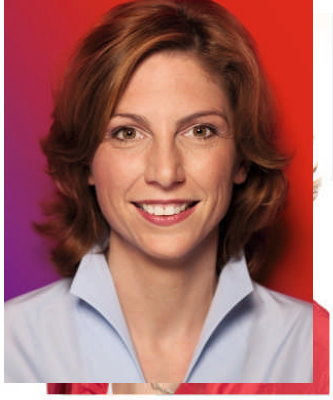
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

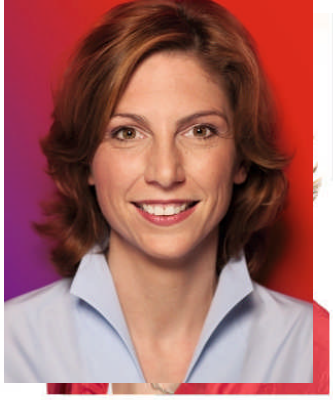
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

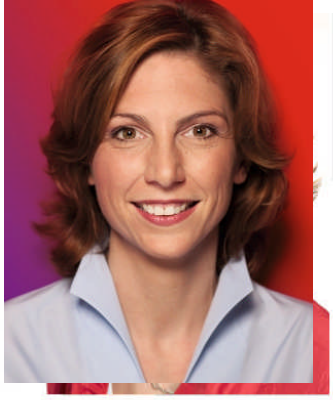
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

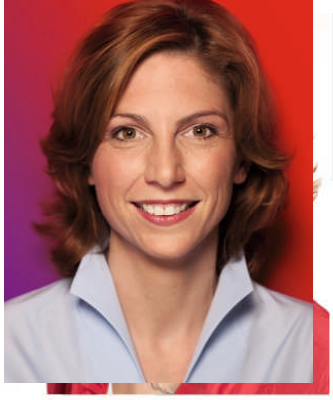
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

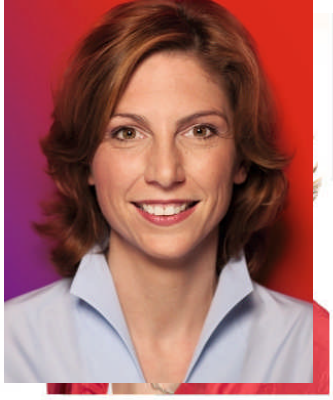
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

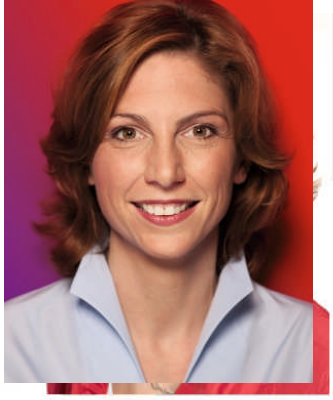
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

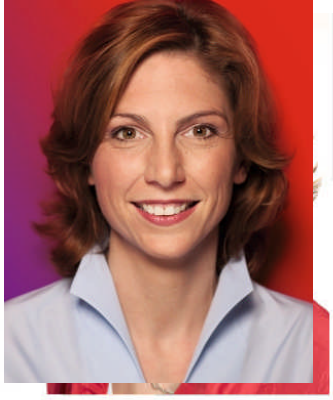
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

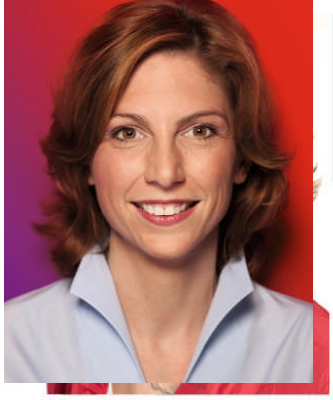
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

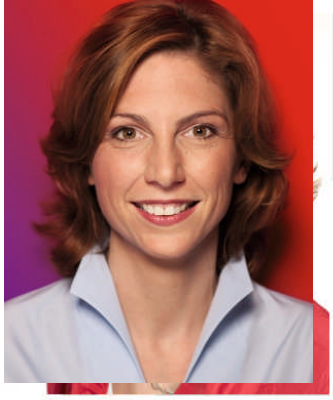
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

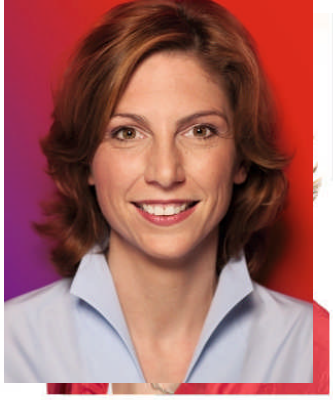
## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**

32 / 2014 www.SBL2013.de 19.09.14

Infoservice



# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine schöne Altweibersommerwoche neigt sich dem Ende zu. Eine Woche, in der ich mehrere Tage in Berlin war, um die zahlreichen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen und in der wir Europäer mit Spannung der Entscheidung in Schottland zur Unabhängigkeit entgegen gesehen haben.
Diese Bewegung in Schottland ist möglicherweise nur der Anfang... die Europapolitik wird in den nächsten Wochen und Monaten noch an Bedeutung gewinnen.
Schön, dass ich als Mitglied im Europaausschuss und künftiger europapolitischer Sprecherin dort so nah dran bin. Nah dran seid ihr auch bei unseren Wanderungen bei "Sabine bewegt"- ich freu mich auf eure Teilnahme!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Weltkindertag – Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!**

Am 20. September ist der Weltkindertag. In diesem Jahr ist das Motto: „Jedes Kind hat Rechte“. Ich bin sehr dafür, dass wir die Rechte von Kindern stärken. Ein wichtiger Schritt dafür wäre, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.“

Pünktlich zum Weltkindertag hat Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll der Schutz der Kinder gestärkt werden.
Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf andere Weise verbreitet werden.

Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen. Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass es beim Missbrauch von Schutzbefohlenen künftig keine Rolle mehr spielt, ob der Täter sich um die Erziehung des Opfers kümmert.
Ebenso wird die Unterscheidung zwischen Klassen- und Vertretungslehrer aufgehoben. Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.

Der beste Opferschutz ist Prävention. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“, das pädophilen Männern hilft, keine Straftaten zu begehen.

## Außenpolitik

**Islamischer Staat (IS) – Bei uns ist kein Platz für Terror!**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat ein Betätigungsverbot der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitsamt all ihrer Symbole in Deutschland verkündet. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Terror und ein wichtiges Zeichen an alle radikalisierten Islamisten, dass Deutschland mit aller Entschiedenheit gegen terroristische Organisationen vorgeht.

Das vom Bundesinnenminister verkündete Betätigungsverbot für die Terrormiliz IS ist ein richtiges und wichtiges Signal im Kampf gegen den Terror. Es ist wichtig, dass wir gegen alle Personen konsequent vorgehen, die sich nicht an unsere Gesetze halten. Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gezielt und aggressiv Männer und Frauen in Deutschland für ihren Dschihad im Irak und in Syrien anwerben.

Ab sofort ist die Betätigung der IS in Deutschland verboten. Dazu gehört jegliche Beteiligung an der Organisation, im Internet, in sozialen Netzwerken oder bei Demonstrationen, die öffentliche Verwendung von Kennzeichen und Symbolen der IS, jegliche Unterstützungshandlungen wie das Werben für die Terrorgruppe, das Einwerben von Geldern und das Anwerben von Kämpfern. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt eine Straftat dar und wird somit strafrechtlich verfolgt.

Damit verhindern wir die Entstehung von Organisationsstruktur in Deutschland im Ansatz. Den Mitgliedern erschweren wir ihre Aktivitäten, die einzig und allein das Ziel haben, Hass gegen Kurden, gegen Jesiden und gegen alle Andersdenkenden zu verbreiten und Männer und Frauen in Deutschland davon zu überzeugen, gegen diese in den Krieg zu ziehen.
In unserer Demokratie ist kein Platz für den Terror gegen Andersgläubige und kein Platz für Terroristen, die ihre Religion für solche Kriege missbrauchen.

## Umwelt

**Arten- und Klimaschutz – Rettet die Regenwälder!**

Wir dürfen in unseren Bemühungen, den Tropenwald zu erhalten, nicht nachlassen. Zu oft gehen auch in Deutschland bedenkliche Produkte aus Tropenholz und falsch deklarierte Holzarten über den Tisch.

In den vergangenen Jahren haben sich Zertifizierungssysteme und politische Prozesse entwickelt, die dem Milliardengeschäft auf Kosten der Natur und des Menschen Einhalt gebieten wollen. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt den europäischen Aktionsplan FLEGT mit den freiwilligen Partnerschaftsabkommen mit Tropenholz exportierenden Ländern (VPAs) und die Arbeit des Forest Stewardship Council (FSC).

Bei der anstehenden Überprüfung der Wirksamkeit der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) muss die Liste von Holz- und Holzerzeugnissen dringend überarbeitet werden. Garten- und Terrassenmöbel fallen ebenso wenig unter den Geltungsbereich der Verordnung wie bedrucktes Papier. Das muss sich dringend ändern. Der Schutz des Regenwaldes ist kein frommer ökologischer Wunsch, sondern eine globale Notwendigkeit.

Die weltweite Rodung von Wäldern setzt weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr klimaschädliche Treibhausgase frei als der weltweite Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft zusammen.

Die fortschreitende Abholzung in den Tropenholzregionen im Amazonas, in Asien und Afrika bedroht die traditionelle Lebensweise der Ureinwohner und die Tier- und Pflanzenwelt.

Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der letzten uns verbleibenden Regenwälder einsetzen.

Das Scheitern der Yasuní Initiative in Ecuador hat Deutschlands Glaubwürdigkeit im internationalen Waldschutz schwer geschädigt.

Wir begrüßen deshalb die Aufstockung der Mittel des Bundesumweltministeriums für den Green Climate Fund, durch die Deutschland unter anderem Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern im Ausland finanziert.

Aus dem Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums sollen künftig bilaterale Forstprojekte in Uganda, Kenia oder Uruguay finanziert werden, die sich der Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung widmen. Gemeinsam werden wir innerhalb der Koalitionsfraktionen die Schwerpunkte setzen und den Prozess der Mittelvergabe an Partner und Organisationen transparent gestalten.

## Ernährung

**Lebensmittelverschwendung – Das muss aufhören!**

Die Verschwendung von Lebensmitteln hat nach wie vor ein beschämendes Ausmaß. Wir alle sind gefordert, konsequent gegen die Verschwendung vorzugehen. Denn sie verbraucht Ressourcen und trägt weltweit zu Hunger und Klimawandel bei.

Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette müssen einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Essen im Müll landet: Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Lebensmittelindustrie und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir müssen branchenspezifische Zielvorgaben und Maßnahmen zur Reduktion der Verschwendung entwickeln. Und wir müssen genau wissen, wer wie viel warum wegwirft. Die Wirtschaft ist hier zu mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft aufgerufen, denn bisher bleibt sie konkrete Zahlen und Auskünfte schuldig. Es darf nicht sein, dass das Wegwerfen für die Anbieter billiger und leichter ist als die Weiterverwertung. Wir müssen Regelungen finden, die dieses Missverhältnis umkehren. Denn dieser Umgang mit Lebensmitteln ist ethisch, sozial und ökologisch nicht vertretbar. Die 2012 fraktionsübergreifend beschlossenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden. Dazu gehört eine Vereinbarung mit der Wirtschaft über branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls.

## Kommunalpolitik

**Mehr Geld für Kommunen – Eine sinnvolle Investition!**

Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung den Kommunen schon ab kommenden Jahr mehr Geld geben wird. Von 2015 – 2017 haben die Kommunen jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt. Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.

Für Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen bekommen Länder und Kommunen zusätzlich sechs Milliarden Euro in der laufenden Legislaturperiode. Und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wird auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Auch das sind Investitionen für die Zukunft: mehr und bessere Bedingungen für die Studierenden.

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds. Damit ist ein weiteres wichtiges Ziel der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dies ist eine gute Grundlage, um auch zukünftig die Kommunen zu stärken und das Leben in den Kommunen attraktiver zu gestalten.

## In eigener Sache

**„Sabine bewegt“ – Samstag und Sonntag mitwandern!**

Am Wochenende geht es in die zweite und dritte Wanderrunde. Am Samstag wird von Puderbach nach Steimel gewandert und am Sonntag geht es von Altenkirchen nach Ingelbach. Macht mit! Treffpunkte sind:
Samstag, 20.09.14, 14.00 Uhr Integrative Kita Puderbach
Sonntag, 21.09.14, 14.00 Uhr Parkplatz Heimstraße, AK.
Die Wanderungen enden jeweils auf einem Fest. Viel Spaß!

## Bonbon

„Dann werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Und dann wird das für Sie sehr teuer, wenn Sie nach Hause wollen. Und außerdem benenne ich dann die Straße um. Und es wird Ihnen am peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie 'Zum Gysi Nr. 1' wohnen.

(Gregor Gysi, Linke) zu Wolfgang Schäuble

## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **20.09.14** | **10.00 Uhr** | **Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach** |
| | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Puderbach** |
| | **18.30 Uhr** | **„Bayrischer Abend“ Kulturwerk Wissen** |
| **21.09.14** | **14.00 Uhr** | **„Sabine bewegt“ Altenkirchen** |
| **22.-26-09.** | **Ganztags** | **Sitzungswoche in Berlin** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**